

# Danziger Zeitung.

No 18073.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Neffenhagenstraße Nr. 4, und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die siebenzehnstündige gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Öttingen, 4. Jan. (W. I.) Der Germanist Professor Wilhelm Müller ist gestorben.

Bonn, 4. Januar. (W. I.) Der bekannte Nationalökonom, Professor Erwin Rasse ist gestorben.

(Professor Rasse wurde am 2. Dezember 1829 in Bonn geboren und habilitierte sich 1854 daselbst als Privatdocent. Nachdem er Professuren in Basel und Rostock bekleidet hatte, erhielt er 1860 einen Ruf nach Bonn, woselbst er bis zu seinem Tode gewirkt hat. 1869–1870 war er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, in welchem er der freiconservativen Partei angehört hat. Seit 1874 war er Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik. Seine literarischen Werke gehören vornehmlich den Gebieten des Bank- und Steuerwesens, dann der Agrargeschichte an.)

Prag, 4. Januar. (W. I.) Fürst Carolus Auerperg ist gestorben.

Washington, 4. Jan. (W. I.) Dem Dezemberbericht des Landwirtschafts-Bureaus zufolge wird der Weizenfrucht auf 2 112 802 000, der Ertrag an Weizen auf 490 560 000, an Hafer auf 751 515 000 Bushels geschätzt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Januar.

### Zum Kampf gegen die Reaction.

Die Wortführer der „nationalen“ Partei in der Presse pflegen eine große Entrüstung an den Tag zu legen, wenn von liberaler Seite von Reaction gesprochen oder auch nur die Möglichkeit erwähnt wird, daß reactionäre Bestrebungen in der Regierung die Oberhand gewinnen könnten. Wenn es aber in die Rechnung paßt, verstehen dieselben Blätter ganz gut, die Reaction zu citiren. Nichts ist ihnen empfindlicher, als der Gedanke, daß bei den nächsten Wahlen die Hege gegen die Freisinnigen vielleicht nicht den gewünschten Erfolg haben könnte, und so versucht man hin und wieder einen freundlichen Ton anzuschlagen und den freisinnigen Wählern begreiflich zu machen, daß sie Wahlbündnisse mit anderen Oppositionsparteien unter keinen Umständen eingehen dürfen, weil sie sonst der clerical-conservative Reaction den Weg bahnen würden. Dieser Tage brachte die „Post. Ztg.“ einen Artikel, welcher den Dreikaiserbündnis verglich und anführte, so wenig das letztere den orientalischen Krieg verhindert habe, so wenig werde das Cartell den Aufschwung der Orthodoxen und die Herrschaft der Reaction hindern; „alles wird kommen“, schrieb die „Post. Ztg.“, „der Uebermuth der Dunkelkammer, die Herrschaft des Junkerthums, die Wiederkehr des rückwärtigen Rücktritts.“ Und was sagt die „Aöln. Ztg.“ dazu?

„Wir unsererseits“, schreibt sie, „sind so bescheiden, daß es uns genügt, nicht gegen Windmühlen und Geipen anzurennen, sondern auf absehbare Zeit die gegenwärtigen und greifbaren reactionären Bestrebungen mit zu sehen. Die Reaction des 20. Jahrhunderts mag uns oder unseren Nachkommen für eine spätere Zeit vorbehalten werden.“

Jeder Liberale wird in diesem Falle mit der „Aölnischen Zeitung“ einverstanden und bereit sein, zur Bekämpfung der reactionären Bestrebungen die Hand zu bieten. Nur eins scheint bedenkl. Wer die reactionären Bestrebungen bekämpfen will, muß vor allem dafür sorgen, daß möglichst wenig Reactionäre in den Reichstag kommen, denn dort ist das Sprungbrett für reactionäre Springer, die heute auf einen Oberpräsidenten- und morgen auf einen Ministerposten kommen. Merkwürdigerweise bekämpfen die Freunde der „Aölnischen Zeitung“ die Reactionäre auf eine ganz eigenhümliche Weise. Sie präsentiren sich als Arm in Arm mit ihnen den Wählern und fordern ihre national-liberalen und liberalen Freunde auf, für diese Träger der gegenwärtigen und greifbaren reactionären Bestrebungen zu stimmen. Es wird ja niemand zweifeln, daß es den national-liberalen Blättern, zu denen sich ja auch die „Aöln. Ztg.“ rechnet, mit ihren Ermahnungen an die Adresse der Freisinnigen Ernst ist, aber dann möchten wir wirklich an den französischen Staatsmann erinnern, der bei der Discussion über die Abschaffung der Todesstrafe das denkwürdige Wort sprach: „Mögen die Herren Mörder den Anfang machen!“ Wenn wir erst sehen, daß es der „Aöln. Ztg.“ mit der Bekämpfung der reactionären Cartellbrüder Ernst ist, so werden wir gern mit uns reden lassen.

### Die Freisinnigen in Baden.

Das „Freisinnige Volksblatt“ in Cörrach veröffentlicht einen Aufruf an die freisinnigen Männer Badens, in welchem es nach einer Charakteristik des gegenwärtigen Nationalliberalismus sagt: „Angeht diese Haltung der national-liberalen Partei und der damit verbundenen Gefahren für die Entwicklung unserer bürgerlichen Freiheit ist es dringende Pflicht, auch in Baden den freisinnigen Bürgerthum ein „Auf die Schanzen“ zu rufen. Bereits haben sich in Cörrach, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe und Pforzheim freisinnige Vereine, in welchen sich volksparteiliche, deutschfreisinnige und fraktionslose, aber entschiedene Liberale zusammengefanden, unter zahlreicher Theilnahme gebildet, und auch an anderen Orten steht die Organisation weiterer Vereine in Aussicht. Überall regt sich ein freier Geist und mit hoffnungsvollem Muth gehen wir an die Aufgabe, die entschieden freisinnigen Bürger Badens in einem Antikartell zu sammeln zu gemeinsamen Kampfe gegen die der freisinnigen Entwicklung unseres Volkes von rechts und links drohenden Gefahren. Verlassen wir, was uns im einzelnen trennt, behalten wir im Auge, was

uns ein, das Streben, dem geliebten deutschen Vaterlande ein freisinniges, selbständiges und selbstbewusstes Bürgerthum zu erhalten und, soweit es geht, zu schaffen.“

Der Aufruf trägt zahlreiche Unterschriften von Landtagsabgeordneten, Rechtsanwälten, Gemeindevorständen, Aerzten, Apothekern, Fabrikanten, Kaufleuten etc. Der Aufruf theilt ferner mit, daß am 5. Januar in Offenburg eine Landesversammlung der Freisinnigen Badens stattfinden, auf der Abg. Richter, Landtagsabg. Rechtsanwalt Hausmann, Stütgen und Landtagsabg. Muser sprechen werden.

### Die Nationalliberalen und das Socialistengesetz.

Ueber die Stellung, welche die national-liberale Partei bei der zweiten Beratung des Socialistengesetzes im Plenum einnehmen wird, werden die entscheidenden Beschlüsse erst nach Zusammentritt des Reichstags erfolgen können. Die Erklärungen, die in der Commission bei der zweiten Lesung seitens der national-liberalen Mitglieder abgegeben worden sind, bedürfen umso mehr der Oulbeziehung durch die Fraction, als in den Tagen, in denen die zweite Lesung stattfand, eine Reihe von leitenden Mitgliedern der Partei, u. a. Herr v. Bennigsen und Herr Miguel, Berufsbeschäftigte halber beurlaubt waren. Unter diesen Umständen kann man den Erörterungen in der Presse nur eine sehr bedingte Bedeutung beilegen. Immerhin ist es bemerkenswerth, daß schon jetzt auf die Möglichkeit hingewiesen wird, die Meinungsverschiedenheiten bei der Ausweisungsbefugniß dadurch zu umgehen, daß das neue Gesetz ebenso wie das bisherige, aber unter Wiederherstellung der Ausweisungsbefugniß nur auf kurze Zeit, etwa zwei Jahre, beschloffen werde. Die Hauptfrage ist freilich die, ob die Regierung geneigt ist, auf diese Brücke zu treten. Der preussische Minister des Innern hat im Plenum sowohl wie in der Commission in unweideutiger Weise ausgeführt, daß die Mitteilungen, welche die Vorlage beantragt, nur dann zulässig erscheinen, wenn durch die dauernde Bewilligung des Gesetzes die Wirkung desselben erheblich verstärkt werde. Gilt die Regierung an dieser Auffassung fest, so würde sie die Bewilligung des modificirten Gesetzes auf zwei Jahre ebensoviele als eine indirecte Ablehnung der Vorlage ansehen müssen, wie die Annahme derselben ohne die Ausweisungsbefugniß. Es bliebe dann freilich noch der andere Ausweg, nämlich die Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf 2 Jahre, mit anderen Worten die Aufrechterhaltung des status quo. Dann würde das Eigenthümliche eintreten, daß der Regierung Vollmacht erteilt würden, von denen dieselbe bisher kaum Gebrauch gemacht hat und die sie selbst in ihrer Vorlage als entbehrlich bezeichnet. Für die Regierung kommt dann freilich noch in Betracht, daß das bestehende Gesetz ohnehin noch bis Ende September d. J. in Kraft bleibt, daß sie also durch Zustimmung zur Verlängerung desselben auf zwei Jahre auf den Versuch verzichten würde, von dem neuen Reichstage das zu erlangen, was sie z. J. durchzuführen nicht im Stande ist.

Von Seiten derjenigen, welche für eine provisorische Verlängerung eintreten, wird freilich geltend gemacht, daß das Mithingen einer Verhandlung über das Socialistengesetz einen Keil in das Wahlcartell treiben würde. Diese Befürchtung ist offenbar sehr übertrieben. So weit die Wahlbewegung jetzt schon im Fluss ist, bietet sie keinerlei Anhalt für diese Auffassung. Offenbar besteht auf Seiten der Regierung sowohl, wie auf Seiten der conservativen Partei keinerlei Neigung, die Frage der Ausweisungsbefugniß zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen, und zwar aus guten Gründen. Die Erörterungen über diese Frage sind bisher rein sachlich und ohne jede Leidenschaft geführt worden und es ist nicht anzunehmen, daß eine Verlängerung der Entscheidung bis zum neuen Reichstage daran etwas ändern werde.

### Candratz und Reichskanzler.

Bei der Beratung von Arbeiterschutzanträgen im Reichstage hat der Reichskanzler, insofern er sich an derselben betheiligte, gegen die Abhürung der Arbeitszeit, Sonntagsarbeit und dergleichen geltend gemacht, daß entweder eine Schädigung der Arbeiter oder eine Beeinträchtigung der Arbeitskraft die Folge sein werde. Am 21. Decbr. v. J. hat der Candratz des hiesigen Arells die Ortsbehörden angewiesen, den Fabrikbesitzern die Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde zu empfehlen. Nachdem er ausgeführt hatte, daß bei dieser Einrichtung der Arbeiter in Ruhe sein Mittagessen verzehren könne, fuhr er fort:

„Im allgemeinen würde auch die Verlängerung der Mittagspause den Arbeitgebern wohl nicht zum Nachtheil gereichen, da der Arbeiter, wenn er die Zeit zu seiner Erholung und Kräftigung habe, erfrischungsfähiger und zufriedener an die Arbeit geht und das Verjüme durch Umsicht und Anstrengung einholen sucht, um an seinem täglichen Verdienst nichts zu verlieren.“

Das ist es; alle Maßregeln, die geeignet sind, dem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz zu sichern, erhöhen die Arbeitsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Wie wäre es, wenn Candratz v. Symmen einmal den Versuch machte, den Herrn Reichskanzler zu seiner Auffassung bekehren?

### Von Stanleys Expedition.

Der „Aegyptische Egypten“ veröffentlicht neuerliche Mittheilungen eines in den Diensten Stanleys stehenden Dolmetschers, die ein gewisses Interesse erregen, obwohl gegen deren Objectivität manche Einwendungen zu erheben wären.

Die Soldaten Stanleys, erzählt der erwähnte

Verwahrsmann, erhielten, ehe sie Kairo verließen, die Löhnung für zwei Monate und zwei Uniformen; da man ihnen sagte, daß die Expedition zwei Jahre dauern werde, schafften sie sich auch einen reichen Vorrath von Civilkleidern und Dingen der verschiedensten Art an. Als die Expedition Malaba erreichte, welches zwei Tagesmärsche von der Congomündung entfernt liegt, suchte die Mannschaft drei Tage aus, um zur Bewältigung der Strapazen, die ihrer harrten, Kraft zu sammeln. Von Malaba nach Stanley-Pool sind es fünfzehn Tagesmärsche, wenn man täglich 18 englische Meilen zurücklegt. Die Last, die jeder Mann zu tragen hatte, betrug 70 Pfund, ungerade Waffen und Munition. Jeder Soldat erhielt täglich 1 Pfd. Reis. Die Sudanese, welche ihre riesige Last erleichtern wollten, legten alle überflüssigen Kleidungsstücke und alle sonstigen Gegenstände, die ihnen entbehrlich erschienen, auf einem Haufen und zündeten diesen an. Nach vierzehntägigem Marsche langte die Expedition in einem Dorfe Namens Bolho an, welches beiläufig auf halbem Wege von Malaba nach Stanley-Pool liegt. Die Sudanese, welche nur für vierzehn Tage ihre Ration erhalten hatten, verlangten nun deren Erneuerung, um für den Marsch bis Stanley-Pool versorgt zu sein. Stanley schlug ihnen die Erfüllung ihrer Forderung ab, indem er sagte, sie seien Schuld daran, daß die Expedition Stanley-Pool noch nicht erreicht hätte. Die Sudanese waren über diese Antwort auf das höchste aufgebracht und erklärten, daß man ihnen nunmehr nicht nur Reis, sondern auch Zwieback geben müsse, da sie sonst keinen Schritt weiter thun wollten. Stanley erwiderte: „Ich brauche Euch nicht, geht, wohin Ihr wollt. Zur selben Zeit aber ließ er der Einwohnerzahl im nächsten Dorfe sagen, sie möge ohne Erbarmen jeden Fremden niedermachen, der sich in das Dorf verirren sollte. Man darf nicht vergessen, daß sich Stanley in diesen Gegenden hohen Ansehens erfreut und seine Hofschaff förmlich als Befehl angesehen wurde. Die Eingeborenen kennen Stanley nur unter dem Namen „Bula Matari“ (der große König).

Der rebellische Geist nahm unter den Soldaten zu. Sie sagten zu Stanley: „Ihr habt uns in Aegypten als Soldaten und nicht als Lastträger angeworben. Wir sind zu kämpfen bereit. Wenn Ihr uns aber Hungers sterben lassen wollt, werden wir nicht nur die Eingeborenen, sondern auch Eueren eigenen Janjibariten zu bejwingen wissen, und obwar diese sechshundert an der Zahl, während wir unter nur sechzig sind, werden wir ihnen doch ihre Vorräthe abnehmen.“ Stanley, der sehr wohl wußte, daß die Sudanese fähig waren, ihre Drohung auszuführen, that, als ließe er sich erweichen, und ließ denselben auch für den Rest des Marsches bis Stanley-Pool Reis verabreichen. (Bei einem späteren Streite auf einem der Dampfsschiffe tödteten die Sudanese zwei Janjibariten und verwundeten vierzehn aus dieser Schaar.) Die Colonne beging auf dem ganzen Wege Gewaltthaten und Ausschreitungen aller Art.

Herr Clebrig, Gouverneur von Stanley-Pool, erklärte, wenn die Expedition Stanleys nochmals vordringen sollte, werde er von den Behörden die Vollmacht erwirken, die Soldaten auf ihrem Marsche von Stanley-Pool bis Malaba zu entwaffnen und ihnen die Waffen erst wieder an Bord der Dampfsschiffe einzuhändigen.

### Zur Fischeinfuhr in Frankreich.

Wie aus Paris, vom 3. Januar, gemeldet wird, erschien gestern der Präsident des Municipalrathes beim Ackerbau-Minister Faye an der Spitze einer Abordnung verschiedener Körperschaften, welche ihren Lebensunterhalt aus der mit den städtischen Schlachthäusern in Verbindung stehenden Industrie verdienen. Die Abgeordneten gaben dem Minister ein Bild der in ihrem Gewerbe eingetretenen Geschäftstörungen in Folge der steigenden Zufuhr an geschlachteten Fische zum Ersatz für das wegen der Viehsuchen im Auslande an der Einfuhr gehemmte lebende Vieh. Der Minister erkannte wohl die Berechtigung der Klagen an, erklärte jedoch zugleich, daß die Aufgabe, die nationale Production zu schützen, nicht eher eine Wiedereröffnung der Grenze zulasse, als bis die Seuchen erloschen wären; nicht eher könne er die aus der Einfuhr geschlachteten Fische herrührenden Unzuträglichkeiten beseitigen, so lange der Conventional-Zolltarif noch in Kraft sei; was die Qualität des eingeführten Fisches betreffe, so gehöre es zu dem Dienste der Gesundheitsbehörde, die für die allgemeine Gesundheit nothwendigen Maßregeln zu überwachen und Vorkehrungen zu treffen; er werde auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit des Ministers des Innern richten.

### Der Londoner Cashrieg.

Die Beruche der streikenden Cashier in London, die Befahrung der für die South-Metropolitan-Gasgesellschaft ankommenden Kohlendampfer zu veranlassen, auf Anall und Fall mitten im Flusse die Arbeit niederzulegen, haben allein schon deshalb keinen Erfolg, weil die Themsepolizei die Striker hindert, an Bord der Schiffe zu kommen. Die Kohlenvorräthe der Gesellschaft sind zur Zeit größer, als seit Beginn des Ausstandes, und eine Menge Dampfer sind unterwegs. Die Gas-erzeugung nimmt auch täglich zu und im Innern der Anlagen geht alles glatt und ruhig von statten. Eine Anzahl der alten Cashier sind wieder ange stellt und sie gehen ein und aus, ohne von ihren streikenden Kollegen belästigt zu werden.

Die North-London-Gasgesellschaft hat sich schon für den Fall eingerichtet, daß auch ihre Heizer Strikergelüste bekommen sollten, und deshalb 4000 Betten nach ihrer Gasanstalt in Beddon für etwa neu anzustellende Arbeiter schaffen lassen.

### Vorgänge in Wituland.

Aus Sanjibar wird vom 2. Januar telegraphirt: Die britische ostafrikanische Gesellschaft landete eine Abtheilung arabischer Truppen ab, um den Häuptling des Witulandes, welcher einen Theil des britischen Gebiets besetzt hatte, zu vertreiben. Die deutschen Behörden riefen dem Häuptlinge, der unter deutschem Schutze steht, die Gegend ruhig zu räumen. Sobald die Angelegenheit erledigt ist, wird Machenje einen Theil dieser Truppen den Tanafuß hinausschicken, um die dort gegründeten britischen Posten zu verstärken und um gleichzeitig Erkundigungen über das Schicksal Peters' einzuziehen und die etwaigen Hinterbliebenen der Expedition zu retten.

Die ganze Meldung klingt um so auffällender, als bisher nichts davon bekannt gewesen ist, daß die englische Gesellschaft über arabische Truppen verfüge. Wenn gemeldet wird, daß die deutschen Behörden dem Sultan von Wituland den Rath gegeben hätten, das freie Gebiet ruhig zu räumen, so kann das allerdings den Sinn haben, daß deutscherselbst die Berechtigung der Ansprüche der englischen Gesellschaft, welche sich auf die Abmachung von 1886 beruft, anerkannt wird. In Berliner colonialpolitischen Kreisen dagegen wird, wie man uns schreibt, angenommen, daß der Rath der deutschen Behörden lediglich bezweckt habe, einem bewaffneten Conflict aus dem Wege zu gehen, um die streitige Frage auf diplomatischem Wege zum Austrag zu bringen.

### Anarchie in Armenien.

In Armenien scheint, nach den aus Konstantinopel einlaufenden Berichten zu urtheilen, völlige Anarchie ausgebrochen zu sein. Die Armenier des Bezirks Alafagerd haben vor kurzem eine Deputation nach Persien entsandt, um wegen Landes zu unterhandeln, da sie dorthin übersiedeln wollen. Sie erhielten die günstigsten Zusagen und kündigten darauf ihrer einheimischen Regierung an, sie würden auswandern, wenn sie nicht besser als bisher gegen Unterdrückung geschützt würden. Im Bezirk Mardin übersiel eine Bande von 500 Kurden unter der Führung des Häuptlings Gureh das armenische Dorf Mediat. Die Bewohner flohen in ein benachbartes Kloster, das darauf von den Kurden veragert und erstürmt wurde. Männer, Weiber und Kinder, im ganzen 30 Personen, wurden niedergemetzelt. Der Statthalter des Bezirks, anstatt die Räuber zu bestrafen, ließ 5 Armenier verhaften, weil sie angeblich in jenem Kloster gegen die Sicherheit des Staates eine Verschwörung angeteilt hätten. Das Reisen in den armenischen Bezirken wird täglich unsicherer. In Schaaren wandern die Leute aus dem Bezirk Wan nach Konstantinopel. Im Jahre 1880 wurden in diesem Bezirk zur Kenntniß der Behörden folgende Verbrechen gebracht: 20 Dörfer geplündert, 1700 Stück Vieh fortgetrieben, 20 Mädchen nach türkischen Sarams geschleppt; dazu unzählige Morde, Raubthaten und Vergewaltigungen seitens der Beamten.

### Ural-Kosaken.

Der russische „Anvalde“ weist nach, daß das Gebiet der Ural-Kosaken dasjenige ist, welches verhältnismäßig die meisten Pferde producirt, und zwar mit Beifall, weil dort auf jeden dienstpflichtigen Kosaken ein Candantheil entfällt, der die der anderen Kosakenheere um das Doppelte, Drei- bis Vierfache übertrifft. So kommen auf jeden uralischen Kosaken 427 Dessjätinen Land und 9 Pferde, auf jeden Donkosaken nur 88 Dessjätinen und 3,3 Pferde, auf das Kubanheer nur 73 Dessjätinen Land und 1,9 Pferde, auf das Terekheer 90 Dessjätinen und 1,6 Pferde pro Mann. Etwas anders stellt sich das Verhältniß, wenn man nur die zum Kriegsdienst brauchbaren Pferde in Betracht zieht. So braucht das größte der europäischen Kosakenheere, das Donische, um alle kriegspflichtigen Kosaken beizuliegen zu machen

	53 152 Pferde, es hat deren aber 75 665
das Drenburgheer	17 300
„ Kubanheer	30 372
„ Terekheer	8 489
„ Astrachanheer	1 929
„ Uralheer	7 409

Es ergibt sich also, daß das Uralheer den größten Ueberfluß an kriegsbrauchbaren Pferden hat und davon abgeben kann. Alle europäischen Heere zusammengenommen haben einen Ueberfluß an Reitpferden von 29 647 Stück, während die Heere vom Kuban, vom Terek und von Astrachan allein genommen 11 072 Reitpferde zu wenig haben und im Kriegsfall die fehlende Zahl bei ihren Nachbarn, den kaukasischen Bergvölkern, oder aus der transdonischen Steppe kaufen müssen. Von den asiatischen Heeren hat das Transbaikahleer den größten Pferdereichtum, d. h. 10 Stück auf jeden dienstpflichtigen Kosaken. Alle asiatischen Heere zusammen haben einen Ueberfluß an Reitpferden von 29 647 Stück, während die Heere vom Kuban, vom Terek und von Astrachan allein genommen 11 072 Reitpferde zu wenig haben und im Kriegsfall die fehlende Zahl bei ihren Nachbarn, den kaukasischen Bergvölkern, oder aus der transdonischen Steppe kaufen müssen. Von den asiatischen Heeren hat das Transbaikahleer den größten Pferdereichtum, d. h. 10 Stück auf jeden dienstpflichtigen Kosaken. Alle asiatischen Heere zusammen haben einen Ueberfluß an Reitpferden von 29 647 Stück, während die Heere vom Kuban, vom Terek und von Astrachan allein genommen 11 072 Reitpferde zu wenig haben und im Kriegsfall die fehlende Zahl bei ihren Nachbarn, den kaukasischen Bergvölkern, oder aus der transdonischen Steppe kaufen müssen.

Im Ural-Kosakengebiet kommen jetzt auf jedes Pferd 48 Dessjätinen Land, bei den Doniern nur 24 Dessjätinen. Es ist mithin die Aussicht vorhanden, daß mit der Zeit die Don-Kosaken immer weniger, die Ural-Kosaken immer mehr Pferde an die reguläre Cavallerie verkaufen werden, da die stark wachsende donische Bevölkerung immer mehr früheres Weideland unter den Pflug nehmen muß und keine so ergiebige Einnahme aus dem Viehhang hat; der Ertrag aus demselben bezieht sich auf über 3 Millionen Rubel jährlich.







North	68.80	Stahlische Banknoten	221.10
	6.00		



